Zeitschrift: Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen
Herausgeber: Verein Aktiver Staatsbürgerinnen
Band: 54 (1998)
Heft: 2

Artikel: Fahrausweis ade!
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-844483

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Behörden rechtzeitig und konsequent durchgreifen.

MASSNAHMEN

Die Schweizerische Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten fordert folgende Massnahmen:

- Ausreichende finanzielle Unterstützung zum Auf- und Ausbau von Frauenhäusern und Beratungsstellen für gewaltbetroffene Frauen in allen Kantonen.
- Konsequente Haltung von Polizei-, Untersuchungs- und Gerichtsbehörden sowie der Fachkräfte im Gesundheits- und Sozialbereich, damit die Wahrnehmung der Problematik geschärft und ein adäquater Umgang mit den Opfern gewährleistet werden kann.
- Zivilstandsunabhängiges Aufenthalts- und Arbeitsrecht von Migrantinnen, damit sie sich von ihrem gewalttätigen Ehemann trennen können, ohne Gefahr zu laufen, aus der Schweiz ausgewiesen zu werden.

DER SCHLUSSBERICHT DER KAMPAGNE "HALT GEWALT GEGEN FRAUEN IN EHE UND PARTNERSCHAFT" IST BEI FOLGENDER ADRESSE ERHÄLTLICH:
KATYA BAUMANN, EIDG. GLEICHSTELLUNGSBÜRO, EIGERPLATZ 5, 3003 BERN.
TEL. 031 322 79 83

MIGRANTINNEN

Diese Frauengruppe war bislang besonders gefährdet, weil sie nach gegenwärtigem Recht gar keine andere Wahl hatten, als bei ihrem gewalttätigen Ehemann auszuharren. Christine Goll reichte im Nationalrat eine parlamentarische Initiative zum zivilstandsunabhängigen Aufenthaltsrecht ein. Der Nationalrat überwies die Initiative und gegenwärtig erarbeitet die zuständige nationalrätliche Kommission einen entsprechenden Gesetzestext.

Auch in der Schweiz sind die Verhältnisse weiterhin nicht ideal: Mehr als eine von fünf Frauen hat während ihres Lebens unter physischer oder sexueller Gewaltanwendung durch ihren (Ehe)partner zu leiden. Das muss nicht sein...

FAHRAUSWEIS ADE!

6,2 Mio Personen, v.a. Väter, sollten in den USA Unterhaltszahlungen für ihre Kinder leisten, kaum die Hälfte kommt dieser Verpflichtung nach. Der Bundesstaat New Mexiko entzieht den säumigen Zahlern nun den Führerschein.